



Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie und eine Verordnung zur Ein- führung einer Elektronischen Europäi- schen Dienstleistungskarte KOM(2016) 824 final / KOM(2016) 823 final

Stellungnahme der Deutschen Sozialversicherung
November 2017

Die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund), die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), der GKV-Spitzenverband und die Verbände der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen auf Bundesebene haben sich mit Blick auf ihre gemeinsamen europapolitischen Interessen zur "Deutschen Sozialversicherung Arbeitsgemeinschaft Europa e.V." zusammengeschlossen.

Der Verein vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Organen der Europäischen Union sowie anderen europäischen Institutionen und berät die relevanten Akteure im Rahmen aktueller Gesetzgebungsvorhaben und Initiativen.

Die Kranken- und Pflegeversicherung, die Rentenversicherung und die Unfallversicherung bieten als Teil eines gesetzlichen Versicherungssystems wirksamen Schutz vor den Folgen großer Lebensrisiken.

I. Vorbemerkung

Die Europäische Kommission möchte mit den am 10. Januar 2017 vorgelegten Vorschlägen für eine Verordnung und eine Richtlinie zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte¹ (im Folgenden Dienstleistungskarte) das grenzüberschreitende Angebot von Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt erleichtern.

¹ Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und entsprechender Verwaltungserleichterungen (COM(2016) 824 final) und Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über den rechtlichen und operativen Rahmen für die durch die Verordnung ... eingeführte Elektronische Dienstleistungskarte (COM(2016) 823 final).

Die Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung begrüßen das mit der Einführung einer Dienstleistungskarte beabsichtigte Ziel, sowohl die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen im Binnenmarkt als auch die Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat zu erleichtern. Es stellt sich jedoch die Frage, welche Auswirkungen die Vorschläge für die Sozialversicherungsträger und die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme innerhalb der EU haben. An einigen Stellen bedürfen die vorgelegten Gesetzgebungsvorschläge nach Ansicht der Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung der Klarstellung und Überarbeitung, damit der intendierte Ausschluss der Sozialversicherung vom Anwendungsbereich der Vorschläge klar genug formuliert und damit Rechtsunsicherheit vermieden wird.

II. Im Einzelnen

1 Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte

Der Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte ist in den Gesetzgebungsvorschlägen nicht eindeutig und widerspruchsfrei geregelt.

Der Intention der Vorschläge folgend soll die Sozialversicherung nicht in den Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte einbezogen sein. Erwägungsgrund 8 und Artikel 2 des genannten Verordnungsentwurfs (im Weiteren VO-E) sowie Erwägungsgrund 11 und Artikel 2 des Richtlinienvorschlags (im Weiteren RL-E) sehen vor, dass die Vorschläge nicht Belange und Aktivitäten betreffen, die vom Anwendungsbereich der Richtlinie 2006/123/EG ausgeschlossen sind. Hierzu zählt auch die Sozialversicherung.

Diese ausdrückliche Herausnahme aus dem Anwendungsbereich der Vorschläge wird jedoch durch die Nennung der Sozialversicherung in weiteren Regelungen der Vorschläge konterkariert, so z.B. in den Vorschriften zu den im Antrag auf eine Dienstleistungskarte enthaltenen Angaben (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a des VO-E) und in der Vorschrift zur Bindungswirkung der in der Dienstleistungskarte enthaltenen Informationen (Artikel 6 des RL-E).

Die Behörden des Aufnahmemitgliedstaats dürfen von der Erbringerin oder dem Erbringer einer Dienstleistung keine Informationen verlangen, die bereits in der Dienstleistungskarte enthalten sind. Hierzu zählen nach den Vorschlägen der Europäischen Kommission Informationen zur Anmeldung bei obligatorischen Sozialversicherungssystemen. Darüber hinaus sehen die Vorschläge vor, dass das

Standardformular, mit dem der Antrag auf Erteilung einer Dienstleistungskarte einzureichen ist, Angaben zur Erbringerin oder dem Erbringer einer Dienstleistung einschließlich Steuer- und Sozialversicherungsnummer enthalten soll. Es lässt sich dem Wortlaut der Vorschrift nicht entnehmen, wozu die Angabe der Sozialversicherungsnummer notwendig ist, zumal die Sozialversicherung grundsätzlich aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte ausgenommen sein soll.

Diese Bezugnahme sollte aus Sicht der deutschen Sozialversicherung unterbleiben, da sie in grenzüberschreitenden Fällen zur Einschränkung der Befugnisse der Sozialversicherungsträger führt bzw. sich mit Vorschriften des koordinierenden Verordnungsrechts überschneidet.

Um Rechtsunsicherheit zu vermeiden, muss daher widerspruchsfrei klargestellt werden, dass die gesetzliche Sozialversicherung vom Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte nicht berührt wird. Zudem sollte jeder Bezug zu Sozialversicherungsdaten, die in der Dienstleistungskarte enthalten sind, aus dem Wortlaut der Vorschläge gestrichen werden.

2 Bindungswirkung der Dienstleistungskarte und Verhältnis zur Verordnung (EG) Nr. 883/2004

Nach Artikel 7 Absatz 2 des RL-E soll die Dienstleistungskarte unbeschränkt gültig sein, sofern sie nicht gemäß den Artikeln 15 bis 17 ausgesetzt, entzogen oder annulliert wird. Darüber hinaus ordnet Artikel 6 des RL-E an, dass Behörden in den Mitgliedstaaten von der Inhaberin oder vom Inhaber einer Dienstleistungskarte im Zusammenhang mit Verfahren oder Formalitäten keine Informationen verlangen dürfen, die in der Dienstleistungskarte enthalten sind. Dies führt zu einer sehr umfassenden Bindungswirkung der Dienstleistungskarte, die in mehrfacher Hinsicht als zu weitgehend erscheint und Möglichkeiten zum Missbrauch eröffnet.

Es ist zu befürchten, dass die Bindungswirkung der in der Dienstleistungskarte enthaltenen Informationen negative Auswirkungen auf den Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit hat. Mit der elektronischen Dienstleistungskarte soll die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen im Binnenmarkt erleichtert werden. In den Fällen einer grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen ist neben den Voraussetzungen für die Dienstleistungserbringung zwingend jeweils zu klären, welchen Sozialversicherungsvorschriften die Person unterliegt, die die Dienstleistung erbringt. Diese Frage richtet sich nach den

Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Bisher sehen die Vorschläge keine explizite Regelung zum Verhältnis der Dienstleistungskarte zu den Vorschriften über die Sozialrechtskoordinierung vor. Auch wenn nach den Vorstellungen der Kommission die Sozialversicherung nicht in den Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte einbezogen sein soll und die Gesetzgebungsvorschläge Regelungen für mögliche Kollisionsfälle mit anderen EU-Vorschriften enthalten, wird nicht ausdrücklich festgelegt, dass die Dienstleistungskarte bei der Feststellung des anwendbaren Sozialversicherungsrechts nicht zu berücksichtigen ist. Eine eindeutige Klarstellung hierzu ist erforderlich.

Berührungspunkte entstehen dadurch, dass nach Artikel 4 des RL-E die Mitgliedstaaten die Dienstleistungskarte als Nachweis dafür akzeptieren sollen, dass ihre Inhaberin oder ihr Inhaber im Hoheitsgebiet seines Herkunftsmitgliedstaates niedergelassen und berechtigt ist, die von der Dienstleistungskarte abgedeckten Tätigkeiten zu erbringen. Die Bestimmung des anwendbaren Sozialversicherungsrechts nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 richtet sich ebenfalls maßgeblich nach der Bewertung der Tätigkeit der Dienstleistungserbringerin, bzw. des Dienstleistungserbringers. Voraussetzung für eine Entsendung i. S. d. Artikels 12 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 ist beispielsweise, dass die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber gewöhnlich in seinem Heimatstaat tätig ist, d. h. dass er dort eine nennenswerte Tätigkeit ausübt. Ein anderes Beispiel ist die Regelung des Artikels 13 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 für Tätigkeiten in zwei oder mehr Mitgliedstaaten, der auf den satzungsmäßigen Sitz oder die Niederlassung, an dem/der die wesentlichen Entscheidungen des Unternehmens getroffen werden, abstellt. Eine Bindungswirkung der in der Dienstleistungskarte enthaltenen Daten für die zuständigen Träger i. S. d. Verordnung (EG) Nr. 883/2004 könnte diese in ihrer Prüfung des anzuwendenden Sozialversicherungsrechts in unzulässiger Weise einschränken.

Für den Bereich der Koordinierung der sozialen Sicherheit stellt das sogenannte Portable Dokument A1 (A1-Bescheinigung) den Nachweis dafür dar, welche Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit für die Inhaberin oder den Inhaber des Dokuments gelten. Die A1-Bescheinigung wird von den Institutionen des Heimatmitgliedstaats ausgestellt und ist von den Institutionen der anderen Mitgliedstaaten zu akzeptieren, solange sie nicht von der ausstellenden Institution widerrufen oder für ungültig erklärt wird. Wie die elektronische Dienstleistungskarte dient die A1-Bescheinigung damit dem Zweck, die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung zu erleichtern. Nach der ständigen Rechtsprechung des Europäischen

Gerichtshofes² geht die Bindungswirkung der A1-Bescheinigung jedoch weit über den Bereich der sozialen Sicherheit hinaus und hat Auswirkung auf die nationale Rechtsordnung des Gastmitgliedstaats. Die Bescheinigung bindet nicht nur die Sozialversicherungsträger und andere Verwaltungsinstitutionen des Mitgliedstaats, in dem die Tätigkeit ausgeführt wird, sondern auch die Gerichte dieses Mitgliedstaats. Dies gilt sogar in Fällen, in denen die Bescheinigung offensichtlich fehlerhaft ist oder der Verdacht des Betrugs besteht. Diese weitreichende Bindungswirkung erschwert Maßnahmen zur Bekämpfung von grenzüberschreitendem Missbrauch und Betrug im Bereich der sozialen Sicherheit.

Ungeachtet eines klaren Ausschlusses des Bereichs der sozialen Sicherheit aus dem Anwendungsbereich der elektronischen Dienstleistungskarte könnte die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zukünftig auch der Dienstleistungskarte eine Bindungswirkung zuschreiben, die weit über die Intention des EU-Gesetzgebers hinausgeht. Die Vorschläge beinhalten daher die Gefahr, die existierenden Probleme in Bezug auf die Bindungswirkung von Dokumenten im Bereich der sozialen Sicherheit in der EU (insbesondere A1-Bescheinigungen) zu verschärfen.

Vor diesem Hintergrund sind zwingend Klarstellungen bei den Begriffsbestimmungen des Verordnungs- und Richtlinienentwurfs notwendig. In Artikel 3 Absatz 18 des VO-E und Artikel 3 Absatz 5 des RL-E wird u. a. der Begriff der „zuständigen Behörde“ als eine Behörde im Sinne der Richtlinie 2006/123/EG definiert. Zwar ist die Sozialversicherung explizit vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen. Um Rechtsunsicherheit zu vermeiden, sollte jedoch klargestellt werden, dass Träger i. S. d. VO (EG) Nr. 883/2004, d. h. Sozialversicherungsträger, keine Behörden im Sinne von Artikel 3 Absatz 18 des VO-E und Artikel 3 Absatz 5 RL-E sind.

Schließlich erfordern auch das langwierige Verfahren für eine Aussetzung oder einen Entzug einer solchen Karte sowie die unklaren Vorschriften zur Aktualisierung der in der Dienstleistungskarte enthaltenen Daten (Artikel 17 Absatz 4 RL-E), dass die Sozialversicherung insgesamt vom Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte ausgenommen wird.

3 Verwendung des Binnenmarkt-Informationssystems (IMI)

Die im Erwägungsgrund 3 des RL-E vorgesehene Zusammenarbeit der Behörden des Herkunfts- und des Aufnahmemitgliedstaates über das

² ECJ, C-202/97, FTS; ECJ, C-178/97, Barry Banks, ECJ, C-2/05, Herbosch Kiere, ECJ, C-620/15, A Rosa Flussschiff GmbH.

Binnenmarktinformationssystem (IMI) könnte für die Sozialversicherung zu einer weiteren Belastung führen, soweit Daten übermittelt werden müssten, da der grenzüberschreitende Austausch von Sozialversicherungsdaten künftig über das EESSI-System (European Exchange of Social Security Information) erfolgen soll und entsprechende Vorbereitungen von den Mitgliedstaaten erfordert. Am 3. Juli 2017 ist EESSI als einsatzbereit erklärt worden. Zur technischen Umsetzung werden in den Mitgliedstaaten in den nächsten zwei Jahren nationale Zugangsstellen (Access Points) aufgebaut und die jeweiligen nationalen Institutionen an das EESSI-System angebunden. Ab Sommer 2019 wird der Austausch von Sozialversicherungsdaten zwischen den europäischen Sozialversicherungsträgern dann elektronisch erfolgen.

III. Fazit

Die Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung begrüßen das Ziel der Europäischen Kommission, die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen zu erleichtern.

Ausdrücklich begrüßen sie auch die deutlich zum Ausdruck gebrachte Intention, die Sozialversicherung aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte auszunehmen. Die deutsche Sozialversicherung sieht jedoch im Hinblick auf eine zweifelsfreie Umsetzung dieser Absicht Nachbesserungsbedarf an den vorgelegten Vorschlägen für eine Verordnung zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und für eine Richtlinie über den rechtlichen und operativen Rahmen.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung appellieren deswegen an den Rat der Europäischen Union sowie das Europäische Parlament im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die von der Europäischen Kommission vorgelegten Regelungen dahingehend anzupassen, dass die Sozialversicherung eindeutig und vollständig, d. h. auch im Hinblick auf die dargestellten Berührungspunkte, aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungskarte ausgenommen wird. Regelungen, die eine Kontrolle der Einhaltung nationaler Gesetze gegen Sozialdumping gefährden und die Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen ermöglichen oder erleichtern, sind zu überprüfen. Zudem fordern die Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung eine Klarstellung des Verhältnisses der Dienstleistungskarte zum Ordnungsrecht zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme in grenzüberschreitenden Fällen (Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009).



Anhang

Anhang: Vorschläge, die den Ausschluss der Sozialversicherung aus dem Anwendungsbereich garantieren

DE (see english version below)

Vorschläge in Bezug auf den Verordnungsentwurf,

COM (2016) 824 final

Beabsichtigte Neuregelung	Änderungsvorschlag
<p><u>Erwägungsgrund 12 des VO-E:</u></p> <p>(...) Als weitere Folge davon bleiben die Pflichten, denen Dienstleister im Einklang mit der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie gemäß der Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates nachkommen sollten, von dieser Verordnung unberührt.</p>	<p><u>Erwägungsgrund 12 des VO-E:</u></p> <p>(...) Als weitere Folge davon bleiben von dieser Verordnung unberührt die Pflichten, denen Dienstleister im Einklang mit der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, sowie gemäß der Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates nachkommen sollten. von dieser Verordnung unberührt.</p>
<p><u>Erwägungsgrund 23 des VO-E:</u></p> <p>Im Interesse einer einheitlichen Umsetzung dieser Verordnung in Bezug auf Verfahren zur Ausstellung und Aktualisierung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte sowie im Hinblick auf Formalitäten bezüglich der Entsendung von Arbeitnehmern und der Freizügigkeit von Selbstständigen mit Ausnahme der im vorhergehenden Erwägungsgrund erwähnten Fälle sollten die Durchführungsbefugnisse zum Erlass von Regelungen über die elektronische Verwaltung dieser Verfahren an die Kommission übertragen werden.</p>	<p><u>Erwägungsgrund 23 des VO-E:</u></p> <p>Im Interesse einer einheitlichen Umsetzung dieser Verordnung in Bezug auf Verfahren zur Ausstellung und Aktualisierung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte sowie im Hinblick auf Formalitäten bezüglich der Entsendung von Arbeitnehmern und der Freizügigkeit von Selbstständigen mit Ausnahme der im vorhergehenden Erwägungsgrund sowie in der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 erwähnten Fälle sollten die Durchführungsbefugnisse zum Erlass von Regelungen über die elektronische Verwaltung dieser</p>



	Verfahren an die Kommission übertragen werden.
<u>Erwägungsgrund 33 des VO-E:</u> (...) Diese Behörden sollten im Sinne der Verordnung (EU) 1024/2012 als zuständige Behörde im Binnenmarkt-Informationssystem registriert und der Kommission gemeldet werden.	<u>Erwägungsgrund 33 des VO-E:</u> (...) Diese Behörden sollten im Sinne der Verordnung (EU) 1024/2012 als zuständige Behörde im Binnenmarkt-Informationssystem registriert und der Kommission gemeldet werden. Sozialversicherungsträger i. S. d. Artikels 1 (p) der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 sind keine zuständigen Behörden i. S. d. Artikel 3 Absatz 18 dieser Verordnung.
<u>Art 2(3) des VO-E:</u> (...) Diese Verordnung, vor allem Kapitel III, berührt nicht die Rechte der Arbeitnehmer, die Verpflichtungen von Dienstleistungserbringern und die damit verbundenen Kontrollen in den Mitgliedstaaten gemäß den Richtlinien 96/71/EG und 2014/67/EU.	<u>Art 2(3) des VO-E:</u> (...) Diese Verordnung, vor allem Kapitel III, berührt nicht die Rechte der Arbeitnehmer, die Verpflichtungen von Dienstleistungserbringern und die damit verbundenen Kontrollen in den Mitgliedstaaten gemäß den Richtlinien 96/71/EG und 2014/67/EU sowie den Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009.
<u>Art 3(18) des VO-E</u> Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck: (...) „zuständige Behörde“ eine der folgenden Behörden: i) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 4 Nummer 9 der Richtlinie 2006/123/EG; ii) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2005/36/EG; iii) jede Behörde oder Stelle, die in einem Mitgliedstaat für ein zentrales Register, Handels- oder Gesellschaftsregister zuständig ist;	<u>Art 3(18) des VO-E</u> Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck: (...) „zuständige Behörde“ eine der folgenden Behörden: i) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 4 Nummer 9 der Richtlinie 2006/123/EG; ii) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2005/36/EG; iii) jede Behörde oder Stelle, die in einem Mitgliedstaat für ein zentrales Register, Handels- oder Gesellschaftsregister zuständig ist; iv) jede Steuerbehörde in einem Mitgliedstaat; 18. „zuständige



<p>iv) jede Steuerbehörde in einem Mitgliedstaat; 18. „zuständige</p>	<p>Sozialversicherungsträger i.S.d. Artikels 1(p) der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 sind keine zuständigen Behörden i.S.d Artikels 3 (18) dieser Verordnung.</p>
<p><u>Art 4(1) a VO-E:</u> (...) a) Angaben zum Dienstleistungserbringer, gegebenenfalls einschließlich der Registrierungsnummer in zentralen Registern, Handels- oder Gesellschaftsregistern sowie der Steuer- und Sozialversicherungsnummer;</p>	<p><u>Art 4(1) a VO-E:</u> (...) a) Angaben zum Dienstleistungserbringer, gegebenenfalls einschließlich der Registrierungsnummer in zentralen Registern, Handels- oder Gesellschaftsregistern sowie der Steuer- und Sozialversicherungsnummer;</p>

Vorschläge zum Richtlinienentwurf, COM (2016) 823 final

Beabsichtigte Neuregelung	Änderungsvorschlag
<p><u>Erwägungsgrund 17 des RL-E:</u> (...) Ein derartiger Nachweis sollte auch im nationalen Umfeld, über alle Ebenen und Einheiten der öffentlichen Verwaltung hinweg, anerkannt werden. (...).</p>	<p><u>Erwägungsgrund 17 des RL-E:</u> (...) Ein derartiger Nachweis sollte auch im nationalen Umfeld, über alle Ebenen und Einheiten der öffentlichen Verwaltung hinweg, anerkannt werden, die im Geltungsbereich des Artikels 2 dieser Richtlinie tätig werden. (...).</p>
<p><u>Erwägungsgrund 20 des RL-E:</u> Um Maßnahmen und Entscheidungen innerhalb eines Mitgliedstaats zu bündeln und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zuständigen Behörden im Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaat zu erleichtern, sollten Koordinierungsbehörden im Herkunftsmitgliedstaat und im Aufnahmemitgliedstaat letztendlich für die Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte verantwortlich zeichnen und somit die Beiträge der verschiedenen zuständigen nationalen Behörden koordinieren sowie als Ansprechpartner für die jeweiligen Amtskollegen in anderen Mitgliedstaaten fungieren. Die Beantragung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte</p>	<p><u>Erwägungsgrund 20 des RL-E:</u> Um Maßnahmen und Entscheidungen innerhalb eines Mitgliedstaats zu bündeln und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zuständigen Behörden im Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaat zu erleichtern, sollten Koordinierungsbehörden im Herkunftsmitgliedstaat und im Aufnahmemitgliedstaat letztendlich für die Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte verantwortlich zeichnen und somit die Beiträge der verschiedenen zuständigen nationalen Behörden koordinieren sowie als Ansprechpartner für die jeweiligen Amtskollegen in anderen Mitgliedstaaten fungieren. Die Beantragung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte sollte daher bei der</p>



<p>sollte daher bei der Koordinierungsbehörde des Herkunftsmitgliedstaats erfolgen.</p>	<p>Koordinierungsbehörde des Herkunftsmitgliedstaats erfolgen. Sozialversicherungsträger i. S. d. Artikels 1 (p) der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 sind keine zuständigen Behörden i. S. d. Artikels 3 Absatz 5 dieser Richtlinie.</p>
<p><u>Art 2(3) des RL-E:</u></p> <p>(...) Diese Verordnung, vor allem Kapitel III, berührt nicht die Rechte der Arbeitnehmer, die Verpflichtungen von Dienstleistungserbringern und die damit verbundenen Kontrollen in den Mitgliedstaaten gemäß den Richtlinien 96/71/EG und 2014/67/EU.</p>	<p><u>Art 2(3) des RL-E:</u></p> <p>(...) Diese Verordnung, vor allem Kapitel III, berührt nicht die Rechte der Arbeitnehmer, die Verpflichtungen von Dienstleistungserbringern und die damit verbundenen Kontrollen in den Mitgliedstaaten gemäß den Richtlinien 96/71/EG und 2014/67/EU sowie den Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009.</p>
<p><u>Art 3(5) des RL-E</u></p> <p>Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck:</p> <p>(...)</p> <p>5. „zuständige Behörde“ eine der folgenden Behörden unbeschadet Artikel 16 Absatz 5 Unterabsatz 3:</p> <p>a) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 4 Nummer 9 der Richtlinie 2006/123/EG;</p> <p>b) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2005/36/EG;</p> <p>c) jede Behörde oder Stelle, die in einem Mitgliedstaat für ein zentrales, Handels- oder Unternehmensregister zuständig ist;</p> <p>d) jede Steuerbehörde in einem Mitgliedstaat;</p>	<p><u>Art 3(5) des RL-E</u></p> <p>Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck:</p> <p>(...)</p> <p>5. „zuständige Behörde“ eine der folgenden Behörden unbeschadet Artikel 16 Absatz 5 Unterabsatz 3:</p> <p>a) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 4 Nummer 9 der Richtlinie 2006/123/EG;</p> <p>b) eine zuständige Behörde im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2005/36/EG;</p> <p>c) jede Behörde oder Stelle, die in einem Mitgliedstaat für ein zentrales, Handels- oder Unternehmensregister zuständig ist;</p> <p>d) jede Steuerbehörde in einem Mitgliedstaat;</p> <p>Sozialversicherungsträger i. S. d. Artikels 1 (p) der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 sind keine zuständigen Behörden i. S. d. Artikels 3 Absatz 5 dieser Richtlinie.</p>



<p><u>Art 5(4) des RL-E:</u></p> <p>Die Absätze 1, 2 und 3 berühren nicht:</p> <p>(...)</p>	<p><u>Art 5 (4) des RL-E:</u></p> <p>Die Absätze 1, 2 und 3 berühren nicht:</p> <p>(...)</p> <p><i>vi) Anforderungen und Verpflichtungen in Bezug auf die Bestimmung des anwendbaren Rechts nach Titel II der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009.</i></p>
	<p><u>Artikel 5 (6) des RL-E:</u></p> <p><i>(6) Informationen, die in einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte enthalten sind, binden nicht Behörden und Träger in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der Vorschriften über das anwendbare Recht nach Titel II der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009.</i></p>
<p><u>Art 6 des RL-E:</u></p> <p>Im Zusammenhang mit Verfahren oder Formalitäten, [...], dürfen die Behörden in den Mitgliedstaaten nicht verlangen, dass der Inhaber einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte Informationen vorlegt, die bereits in der Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte enthalten sind, darunter:</p> <p>(...)</p> <p>(iii) Anmeldung bei obligatorischen Sozialversicherungssystemen.</p>	<p><u>Art 6 des RL-E:</u></p> <p>Im Zusammenhang mit Verfahren oder Formalitäten, [...], dürfen die Behörden in den Mitgliedstaaten nicht verlangen, dass der Inhaber einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte Informationen vorlegt, die bereits in der Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte enthalten sind, darunter:</p> <p>(...)</p> <p>(iii) Anmeldung bei obligatorischen Sozialversicherungssystemen.</p>

EN

Proposals concerning the draft Regulation,
COM (2016) 824 final

Current wording	Proposed amendment
-----------------	--------------------



<p><u>Recital 12 of the Regulation:</u></p> <p>As a further result, this Regulation does in no way affect the obligations service providers should respect in accordance with Directive 96/71/EC of the European Parliament and of the Council and Directive 2014/67/EU of the European Parliament and of the Council</p>	<p><u>Recital 12 of the Regulation:</u></p> <p>As a further result, this Regulation does in no way affect the obligations service providers should respect in accordance with Directive 96/71/EC of the European Parliament and of the Council and Directive 2014/67/EU of the European Parliament and of the Council as well as Regulation (EC) 883/2004 of the European Parliament and of the Council and Regulation (EC) 987/2009 of the European Parliament and of the Council.</p>
<p><u>Recital 23 of the Regulation:</u></p> <p>In order to ensure uniform implementation of this Regulation in relation to procedures to issue and update of a European services e-card, as well for formalities regarding secondment of staff and movement of self-employed other than the one referred to in the preceding recital, implementing powers should be conferred on the Commission to adopt rules on electronic processing of those procedures.</p>	<p><u>Recital 23 of the Regulation:</u></p> <p>In order to ensure uniform implementation of this Regulation in relation to procedures to issue and update of a European services e-card, as well for formalities regarding secondment of staff and movement of self-employed other than the one referred to in the preceding recital as well as in Regulation (EC) 883/2004 of the European Parliament and of the Council and Regulation (EC) 987/2009 of the European Parliament and of the Council, implementing powers should be conferred on the Commission to adopt rules on electronic processing of those procedures.</p>
<p><u>Recital 33 of the Regulation:</u></p> <p>Such authorities should be registered as a competent authority in the Internal Market Information system for the purposes of Regulation (EU) 1024/2012 and communicated to the Commission.</p>	<p><u>Recital 33 of the Regulation:</u></p> <p>Such authorities should be registered as a competent authority in the Internal Market Information system for the purposes of Regulation (EU) 1024/2012 and communicated to the Commission. Social security institutions as laid down in Article 1 (p) of Regulation (EC) 883/2004 are not competent authorities in the sense of Article 3 (18) of this Regulation.</p>
<p><u>Art 2(3) of the Regulation:</u></p> <p>This Regulation, in particular its Chapter III, shall be without prejudice to the rights of workers, the obligations of services providers related controls in Member States as laid</p>	<p><u>Art 2(3) of the Regulation:</u></p> <p>This Regulation, in particular its Chapter III, shall be without prejudice to the rights of workers, the obligations of service providers and related controls in Member States as laid</p>



down in Directives 96/71/EC and 2014/67/EU.	down in the framework of Directives 96/71/EC and 2014/67/EU as well as Regulations (EC) 883/2004 and (EC) 987/2009.
<p><u>Art 3(18) of the Regulation</u></p> <p>For the purposes of this Regulation the following definitions shall apply:</p> <p>(...)</p> <p>18. "competent authority" means any of the following:</p> <p>(i) a competent authority as defined in Article 4 point 9 of Directive 2006/123/EC;</p> <p>(ii) a competent authority as defined in Article 3(1)(d) of Directive 2005/36/EC;</p> <p>(iii) any authority or body in charge of central, commercial or company register in a Member State;</p> <p>(iv) any tax authority in a Member State;</p>	<p><u>Art 3(18) of the Regulation</u></p> <p>For the purposes of this Regulation the following definitions shall apply:</p> <p>(...)</p> <p>18. "competent authority" means any of the following:</p> <p>(i) a competent authority as defined in Article 4 point 9 of Directive 2006/123/EC;</p> <p>(ii) a competent authority as defined in Article 3(1)(d) of Directive 2005/36/EC;</p> <p>(iii) any authority or body in charge of central, commercial or company register in a Member State;</p> <p>(iv) any tax authority in a Member State;</p> <p><i>Social security institutions as laid down in Article 1 (p) of Regulation (EC) 883/2004 are not competent authorities in the sense of Article 3 (18) of this Regulation</i></p>
<p><u>Art 4(1) a of the Regulation:</u></p> <p>(...)</p> <p>(a) identification of the provider, including, where applicable, registration numbers in central, commercial or company registers and for tax and social security purposes;</p>	<p><u>Art 4(1) a of the Regulation:</u></p> <p>(...)</p> <p>(a) identification of the provider, including, where applicable, registration numbers in central, commercial or company registers and for tax and social security purposes;</p>

Proposals concerning the draft Directive, COM (2016) 823 final

Current wording	Proposed amendment
<p><u>Recital 17 of the Directive:</u></p> <p>(...) Such proof should even be accepted in a domestic context, across all levels and administrative divisions of public administration.</p>	<p><u>Recital 17 of the Directive:</u></p> <p>(...) Such proof should even be accepted in a domestic context, across all levels and administrative divisions of public administration</p>



	<p><i>dealing with matters within the scope of Article 2.</i></p>
<p><u>Recital 20 of the Directive:</u></p> <p>In order to concentrate actions and decisions within a Member State and facilitate cooperation between different competent authorities in home and host Member States, a coordinating authority in the home Member State and in the host Member State should ultimately be responsible for handling issues related to the European services e-card, thus coordinating the input from the different competent national authorities and acting as a contact point with its counterparts in other Member States. The application for a European services e-card should thus be submitted to the coordinating authority of the home Member State.</p>	<p><u>Recital 20 of the Directive:</u></p> <p>In order to concentrate actions and decisions within a Member State and facilitate cooperation between different competent authorities in home and host Member States, a coordinating authority in the home Member State and in the host Member State should ultimately be responsible for handling issues related to the European services e-card, thus coordinating the input from the different competent national authorities and acting as a contact point with its counterparts in other Member States. The application for a European services e-card should thus be submitted to the coordinating authority of the home Member State. <i>Social security institutions as laid down in Article 1 (p) of Regulation (EC) 883/2004 are not competent authorities in the sense of Article 3 (5) of this Directive.</i></p>
<p><u>Article 2(3) of the Directive:</u></p> <p>This Directive shall be without prejudice to the rights of workers, the obligations of service providers and related controls in Member States as laid down in Directives 96/71/EC and 2014/67/EU.</p>	<p><u>Article 2(3) of the Directive:</u></p> <p>This Directive shall be without prejudice to the rights of workers, the obligations of service providers and related controls in Member States <i>in the framework of</i> Directives 96/71/EC and 2014/67/EU <i>as well as Regulations (EC) 883/2004 and (EC) 987/2009</i></p>
<p>Article 3(5) of the Directive</p> <p>For the purposes of this Directive the following definitions shall apply:</p> <p>5. "competent authority" means any of the following without prejudice to the third subparagraph of Article 16(5):</p> <p>(a) a competent authority as defined in Article 4 point 9 of Directive 2006/123/EC;</p> <p>(b) a competent authority as defined in Article 3(1)(d) of Directive 2005/36/EC;</p>	<p>Article 3(5) of the Directive</p> <p>For the purposes of this Directive the following definitions shall apply:</p> <p>5. "competent authority" means any of the following without prejudice to the third subparagraph of Article 16(5):</p> <p>(a) a competent authority as defined in Article 4 point 9 of Directive 2006/123/EC;</p> <p>(b) a competent authority as defined in Article 3(1)(d) of Directive 2005/36/EC;</p>



<p>(c) any authority or body in charge of a central, commercial or company register in a Member State; (d) any tax authority in a Member State;</p>	<p>(c) any authority or body in charge of a central, commercial or company register in a Member State; (d) any tax authority in a Member State;</p> <p><i>Social security institutions as laid down in Article 1 (p) of Regulation (EC) 883/2004 are not competent authorities in the sense of Article 3 (5) of this Directive.</i></p>
<p><u>Article 5(4) of the Directive:</u></p> <p>Paragraphs 1, 2 and 3 are without prejudice to:</p> <p>(...)</p>	<p><u>Article 5(4) of the Directive:</u></p> <p>Paragraphs 1, 2 and 3 are without prejudice to:</p> <p>(...)</p> <p><i>vi) requirements and obligations with respect to Title II on the determination of the legislation applicable of Regulations (EC) 883/2004 and (EC) 987/2009</i></p>
	<p><u>Article 5(6) of the Directive:</u></p> <p><i>(6) Information included in a European services e-card shall not be binding for authorities and institutions with respect to the application and enforcement of provisions on applicable legislation in the framework of title II of Regulations (EC) 883/2004 and (EC) 987/2009.</i></p>
<p><u>Article 6 of the Directive:</u></p> <p>Authorities in Member States shall not, (...) require the holder of a European services e-card to provide any information which is already contained in the European services e-card, including for:</p> <p>(...)</p> <p>(iii) registration with mandatory social insurance schemes.</p>	<p><u>Article 6 of the Directive:</u></p> <p>Authorities in Member States shall not, (...) require the holder of a European services e-card to provide any information which is already contained in the European services e-card, including for:</p> <p>(...)</p> <p><i>(iii) registration with mandatory social insurance schemes.</i></p>